

14. September 2021

Kommentar \ Kooperieren mit den Taliban? Für ein zivilgesellschaftliches Engagement in Afghanistan

Weitere Informationen:

SUSANNE HEINKE

*Chief Officer Public Relations
Leiterin der Stabsstelle Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit*

+49 (0)228 911 96-44
pr@bicc.de

Die neue Bundesregierung hat nicht nur Umfang und Ursache des Debakels in Afghanistan aufzuarbeiten. Ebenso dringend sind Weichenstellungen, die eine weitere Destabilisierung des Landes verhindern. Ein Kommentar von Conrad Schetter/BICC und Bernhard Trautner/DIE.

Es ist der Zeitpunkt erreicht, zu dem die afghanische Zivilgesellschaft nicht im Stich gelassen werden darf und gleichzeitig den Taliban verdeutlicht werden muss, dass die afghanische Zivilgesellschaft, sehr viel mehr als vor 20 Jahren, über substantielle Handlungs- und Gestaltungsmacht verfügt. Denn die afghanische Bevölkerung ist nicht Manövriermasse für politische Launen, sondern verfügt über eine eigene Stimme, die nun gestärkt werden muss.

Bis sich herausstellt, ob die Taliban willens sind, ihren Versprechungen der Mäßigung, etwa bei der Berufstätigkeit von Frauen, Taten folgen zu lassen, wird es einiger Vertrauensbeweise bedürfen und viel Zeit vergehen. Auch wird sich erst mit der Zeit herausstellen, ob die Taliban aufgrund ihrer eigenen heterogenen Zusammensetzung überhaupt in der Lage sind, rudimentäre Sicherheit für Leib und Leben und eine Grundversorgung im Land zu gewährleisten. Die internationale Gemeinschaft steht vor den Fragen, ob sie sich diese Zeit nehmen und abwarten oder ob sie die Geschehnisse in Afghanistan proaktiv mitgestalten will.

Allerdings läuft ihr die Zeit davon: Die humanitäre und wirtschaftliche Lage der Bevölkerung hat sich bereits seit Jahresanfang rapide verschlechtert. Nicht nur ist die Ernährungssituation im Land aufgrund von Missernten und Dürren vor Anbruch des Winters katastrophal, sondern schon kurzfristig fehlt den Taliban der Zugang zu den Kapitalmärkten.

Die Verhandlungen, ob und unter welchen Bedingungen die internationale Gemeinschaft mit den Taliban kooperieren könnte, gestalten sich langwierig. Angesichts der verheerenden Lage im Land bleibt aber keine Zeit, weiter abzuwarten, was Analysen und Beratungen ergeben. Das gesellschaftliche Korsett, das die Taliban der eigenen Bevölkerung schnüren, betrifft in besonderem Maße Frauen, Minderheiten und Menschenrechtsaktivist*innen. Will man nicht die Entwicklungsleistungen der letzten 20 Jahre – und unsere häufig betonten Werte – vollständig zur Disposition stellen, darf das Land jetzt nicht in eine humanitäre Katastrophe, eine Fragmentierung der Gesellschaft und intensive Gewaltkonflikte abrutschen.

Selbstverständlich muss die bereits angekündigte humanitäre Hilfe massiv verstärkt werden, auch in den Nachbarländern (v.a. Pakistan, Iran), die bereits seit Jahrzehnten Zielländer der Flüchtenden aus Afghanistan sind, damit deren Gesellschaften nicht

weiter destabilisiert werden. Darüber hinaus ist ein finanziell entschlossener und klar zivilgesellschaftlich geprägter Kooperationsansatz notwendig, der über die humanitäre Hilfe hinausreicht. Zivilgesellschaftliche Kooperation, ihrerseits von nationalen und internationalen Gebern gefördert, zielt dabei nicht mehr, wie die direkte staatliche Zusammenarbeit, darauf ab, einen Staat nach einem wie auch immer gearteten Vorbild zu schaffen und zu kontrollieren. Das Vorhaben, einen Staat nach externen Vorgaben aufzubauen, ist ganz offensichtlich gescheitert. Dabei wurden zum militärischen Schutz des Staatsaufbaus erhebliche Gebermittel aufgewendet. In den (Verwaltungs-)Aufbau und seine Kapazitäten flossen dagegen vergleichsweise geringe Mittel.

Ein zivilgesellschaftlicher Ansatz bedeutet, vor allem auf der lokalen Ebene auszuprobieren, welche Möglichkeiten es für zivilgesellschaftliche Partner gibt, konkrete Programme und Projekte unter den Taliban zu gestalten und durchzuführen. Die internationalen Geber verfügen über diese zivilgesellschaftlichen Kontakte und belastbare Netzwerke; allein die deutschen politischen Stiftungen kooperieren mit mehreren Dutzenden. Nicht nur in politisch unverfänglichen Themen wie Brunnenbau, Wasser/Abwasser, Sanitärversorgung, Basisgesundheits (WASH) oder Ernährungssicherheit, sondern auch in Themen wie Bildung, Gesundheit oder Community-Building ist es gerade jetzt wichtig, den Taliban zu verdeutlichen, welche Maßnahmen die internationale Gemeinschaft bereit ist, zu fördern. Es geht darum, mit den Entscheidungsträger*innen auf lokaler Ebene schnell ins Gespräch zu kommen. Einige private Hilfsorganisationen praktizieren dies schon seit Jahren. Denn wenngleich die Taliban sicherlich weit weg von Gleichstellung, Demokratie und Menschenrechten sind, zeigen viele Projekte, die kleine NGOs ins Leben gerufen haben, dass mit örtlichen Taliban gesprochen und verhandelt werden kann, ein kontinuierlicher Dialog möglich ist.

Eine schnelle und deutliche Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in Afghanistan würde zudem direkt ausloten, zu welchen Kompromissen die Taliban bereit sind. Man müsste nicht darauf warten, bis die Taliban agieren und ihre Politik landesweit umsetzen, sondern könnte proaktiv handeln. Die Crux dieses Ansatzes ist aber auch klar: Zum einen bedeutet dies einen Vertrauensvorschub in die beschwichtigenden Äußerungen der Taliban, dass ihre zukünftige Politik durch Kooperation und moderates Auftreten geprägt sein werde. Zum anderen geht man das Risiko ein, dass gewisse zivilgesellschaftliche Vorstellungen umsetzbar sind, andere – die für die Entwicklungszusammenarbeit zentral sind (etwa in den Geschlechterbeziehungen) – eventuell auf der Strecke bleiben. Denn dann dürfte ein völliger Rückzug aus der Kooperation mit Afghanistan eine enttäuschte Zivilgesellschaft zurücklassen. Trotz dieses Risikos wäre dieser Weg der zivilgesellschaftlichen Kooperation für die Afghan*innen, aber auch für den Umgang mit den Taliban weit beherzter und von einem echten Interesse an dem Land geleitet, als abzuwarten und den Taliban das Bestimmen der Agenda zu überlassen.